Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, [illegible] & Comp., Nr. 1295.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M. durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 3,00 M. Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 10,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Beleglieferung 40 Pf.

Nr. 292 | Dresden, Freitag den 16. Dezember 1921 | 32. Jahrg.

Der notwendige Zahlungsaufschub

Schon seit Wochen wissen wir, daß sich die Reichsregierung eingehend mit der Frage beschäftigt, wie die nächsten Reparationsleistungen erfüllt werden sollen. Stinnes, Rathenau und der Reichsbankpräsident Havenstein waren in England, um dort Fühlung zu nehmen, und zwischen Frankreich und England haben Verhandlungen über die künftige Gestaltung der deutschen Wiedergutmachungspflicht stattgefunden. Bisher hatte man sorgfältig vermieden, irgendetwas über den Erfolg der eingeleiteten Verhandlungen in die Oeffentlichkeit kommen zu lassen. Jetzt aber erfahren wir, daß die deutsche Regierung in einer **Note** an die Reparationskommission erklärt hat, daß sie die nächste Wiedergutmachungsrate nicht würde zahlen können und daß sie voraussichtlich auch bei den nächsten Zahlungen die größten Schwierigkeiten haben werde. Die deutschen Bemühungen, in England eine Anleihe zu erlangen, haben keinen Erfolg gehabt. Die englischen Finanzkreise halten Deutschland deswegen, weil es mit so großen Wiedergutmachungsverpflichtungen belastet ist, **nicht für kreditfähig.**

Als uns die Ententestaaten die Annahme des Ultimatums trotz allen deutschen Protesten aufzwangen, haben hervorragende Nationalökonomen immer wieder darauf hingewiesen, daß Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen in der vorgeschriebenen Form unter keinen Umständen imstande sein werde. Diese Warnungen sind ungehört verhallt. Man hatte den Völkern in den Ententeländern vorgepredigt: Deutschland muß und kann zahlen. Und unter dem Druck der öffentlichen Meinung in ihren Ländern wagten es die Ententestaatsmänner nicht, eine vernünftige Regelung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen herbeizuführen. Inzwischen haben die Völker einen sehr schmerzhaften Anschauungsunterricht erhalten. Viele Hunderttausende von Arbeitern in den Ententestaaten und im neutralen Auslande haben für die unsinnigen Bestimmungen des Ultimatums mit langer Arbeitslosigkeit, mit Not und Elend büßen müssen. Die Versuche Deutschlands, seine Verpflichtungen zu erfüllen, haben dazu beigetragen, die herrschende Weltwirtschaftskrise sehr zu verschärfen. Die Verluste, die die Ententestaaten infolge der Zerrüttung der Weltwirtschaft erlitten, übersteigen wahrscheinlich bei weitem die Summe, die die Entente bisher von Deutschland erhalten hat.

Die deutschnationale Presse wird jetzt in einen ihrem Agitationsbedürfnissen entsprechenden Jubel darüber ausbrechen, daß der Bankrott der **Erfüllungspolitik** des verhaßten Kabinetts Wirth nun endlich offen zutage tritt. Die Herren von der Rechten haben den Sinn der Erfüllungspolitik nie begreifen **wollen.** Auch von den Anhängern der Politik ist nicht behauptet worden, daß wir unter allen Umständen die Bedingungen des Ultimatums werden erfüllen können. Der Zweck der Erfüllungspolitik war es vielmehr, den Gegnern den guten Willen Deutschlands zu zeigen, um dadurch die Vorbedingungen für eine Revision der deutschen Verpflichtungen zu schaffen.

Was wäre denn geschehen, wenn wir im Frühjahr das Ultimatum einfach abgelehnt hätten? Dann wären zweifellos das Ruhrrevier und vielleicht auch noch weitere Teile Deutschlands besetzt worden und wir hätten wahrscheinlich heute kein Deutsches Reich mehr.

Die Bitte des Reichskabinetts um Zahlungsaufschub findet jetzt in der Welt eine Stimmung vor, die sich seit dem Frühjahr sehr zu unsern Gunsten geändert hat. Die üblen Wirkungen der bisherigen Wiedergutmachungspolitik haben immer weitere Kreise im **Ententelager** erkennen lassen, daß man von Deutschland eben Unerfüllbares verlangt. Trotzdem läßt sich heute noch nichts darüber sagen, wie die deutsche Bitte um Zahlungsaufschub aufgenommen werden wird. Die Gefahren, die uns in den nächsten Wochen drohen, sind überaus schwer. Möglicherweise werden wir es von neuem sehr schmerzhaft zu spüren bekommen, daß wir dank der Leichtfertigkeit der Ludendorff, Tirpitz und Ko. im Weltkriege völlig niedergeworfen wurden.

Wenn die Ententestaaten wollen, können sie ihre Truppen in Deutschland einmarschieren lassen. Sie können uns die Zufuhr von Kohlen und Nahrungsmitteln abschneiden. Sie können **Maßnahmen** treffen, die zur Folge haben, daß in Deutschland Millionen von Menschen dem größten Elend verfallen und viele Tausende Kinder verhungern. So schwer die Ententeländer Deutschland mit derartigen Gewaltmaßnahmen schädigten, sich selbst würden sie damit keinen Dienst erweisen. Je mehr sie das deutsche Wirtschaftsleben stören, um so weniger haben sie Aussicht, von Deutschland etwas zu erhalten. Entschließen sich unsre Gegner aber, die Wiedergutmachungsbedingungen zu revidieren, erklären sie sich damit einverstanden, daß wir unsre Verpflichtungen durch **Sachleistungen** erfüllen, so wird Deutschland imstande sein, **Großes für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft** zu leisten.

Wieder einmal, wie schon so oft in den letzten Jahren, wird uns recht eindringlich zum Bewußtsein gebracht, in wie hohem Maße wir der Willkür der Sieger im Weltkriege ausgeliefert sind. Das deutsche Volk darf **nie vergessen,** **wem** es sein Unglück zu verdanken hat: in der Hauptsache denselben **nationalistischen Kreisen,** die jetzt über den Zusammenbruch der Wirthschen Erfüllungspolitik frohlocken, die aber einen so großen Teil der Schuld daran tragen, daß Deutschland in den **Weltkrieg hineingetorkelt** ist und die dann **verhindert** haben, daß dem blutigen Ringen **rechtzeitig ein Ende** bereitet wurde.

Der Reichskanzler über die deutsche Note

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 16. Dezember. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat heute um 10 Uhr vormittags im dichtgefüllten Saale des Hauptausschusses seine mit Spannung erwartete Erklärung über die deutsche Note vom 14. Dezember abgegeben.

Der Inhalt dieser Erklärung ist kurz zusammengefaßt der, daß die deutsche Regierung keineswegs beabsichtige, die Erfüllungspolitik aufzugeben und daß sie diese Politik auch nicht abzuschwächen versuche, sondern nur bestrebt ist, sie zu einem guten Ende weiterzuführen. Der Reichskanzler führte aus, daß mit der Note vom 14. Dezember ein neuer Abschnitt in der Politik gekommen sei. Er verwies darauf, daß Deutschland alles getan habe, was es tun konnte, doch hänge ein großer Teil seiner Leistungen weniger von seinem guten Willen, als von der gesamten Wirtschaftslage der ganzen Welt ab. Dr. Wirth stellte ausdrücklich fest, daß die deutsche Note vom 14. Dezember, in der von der Kreditunfähigkeit Deutschlands unter den gegenwärtig geltenden Bedingungen des Finanzdiktates die Rede ist,

eine wörtliche Uebersetzung

darstellt aus dem Briefe, den die Bank von England an den Präsidenten der Deutschen Reichsbank, Havenstein, gerichtet hat. Durch dieses Urteil der Stelle, die für die Beurteilung finanzieller Fragen die **kompetenteste der ganzen Welt** ist, sei das Reparationsproblem neu aufgerollt worden. Diese Tatsache bezeichnete der Reichskanzler als einen Lichtblick, jedoch **warnte** er vor jedem **voreiligen Optimismus** und forderte den Reichstag und das deutsche Volk auf, in der gegenwärtigen entscheidungsschweren Situation Geduld und feste Nerven zu zeigen.

Sollte es gelingen, die politischen Nebel zu zerstreuen, so sei eine **gesicherte Aktivität der inneren Politik** notwendig. Die **Etats müßten rasch verabschiedet** werden. Es sei ferner ein unerläßliches Gebot, die **Eisenbahn** und **Post** auf eine **gesunde Grundlage** zu stellen, so daß Einnahmen und Ausgaben balanzieren. Unbedingt notwendig sei es, die Subsidien abzubauen, die in der Welt den Eindruck hervorgerufen haben, als ob Deutschland eine **systematische Wirtschaftspolitik des Dumpings** betreibe und als ob das deutsche Volk auf diese Weise eine Gefahr für die Weltwirtschaft geworden sei.

Der Reichskanzler gab der Meinung Ausdruck, daß sich England nach seinen Erfolgen in der Lösung der irischen Frage und in der Lösung der Probleme des fernen Ostens und seiner Beziehungen zu Amerika nunmehr mit gesteigerter Energie dem

Problem der Arbeitslosigkeit

zuwenden werde, das letzten Endes ein Problem des Friedens von Versailles und des Finanzdiktates von London sei. Auch von Frankreich hoffe er, daß dort die Einsicht durchdringen werde, wie wenig Deutschland in Wirklichkeit imstande sei, die Goldmilliarden schriftweise auf den Tisch auszuschütten. Zum Schluß kam der Reichskanzler nochmals mit größerer Energie und erhobener Stimme auf die inneren Finanzprobleme zu sprechen. Er wies auf die schwebenden Steuerprobleme hin und bezeichnete ein rasches Kompromiß in den Steuerfragen als eine unbedingte Notwendigkeit. Denn wenn dieses Kompromiß nicht zustandekommt, dann sei unsere ganze Politik gefährdet. In diesem Sinne erbat sich der Reichskanzler die Unterstützung des Reichstags. Nach seiner Rede wurde die Debatte abgebrochen und der Hauptausschuß wendet sich wieder den Fragen des Etats zu.

Die Aussprache über die Note vom 14. Dezember und die vom Reichskanzler hierzu abgegebene Erklärung begann um 11 Uhr im Ausschuß der auswärtigen Angelegenheiten. Im allgemeinen läßt sich konstatieren, daß die Rede des Reichskanzlers im Hauptausschuß einen starken Eindruck gemacht hat. Sie erwies die völlige Irrigkeit der von der **Rechtspresse vertretenen Anschauungen, als ob in der deutschen Politik ein vollkommener Frontwechsel eingetreten wäre.** Von einem solchen Frontwechsel kann gar keine Rede sein, wie sich schon aus dem Umstand ergibt, daß Deutschland keineswegs die Zahlungen verweigert, sondern euch vielmehr für den Januar jene Summe von Milliarden anbietet, die es äußerstenfalls aufbringen zu können glaubt. Die Frage der Steuern dürfte nunmehr **unmittelbar nach Weihnachten** in ein entscheidendes Stadium gelangen. Von den **Vertretern der besitzenden Klasse** muß mit größtem Nachdruck gefordert werden, daß sie der Aufforderung des Reichskanzlers, die **innere Finanzpolitik** mit den Notwendigkeiten der Außenpolitik in Einklang zu bringen, nachkommen und dem Reiche diejenigen Mittel bewilligen, die es zur Fortführung seiner auswärtigen Politik bedarf. Da jedoch nach den bisherigen Erfahrungen keine Gewißheit für ein solches Verhalten der bürgerlichen Parteien zu geben ist, muß man für die nächste Zeit mit einer **kritischen Zuspitzung der inneren Verhältnisse** rechnen.

Unnachgiebigkeit in Paris

Berlin, 16. Dezember. Nachdem bereits der Pariser Intransigeant in seiner gestrigen Abendausgabe als **einziges Blatt,** das zu der Note direkt Stellung nimmt, das deutsche Stundungsgesuch ablehnte, zeigt sich in der übrigen Presse eine **unerbittliche Unnachgiebigkeit.** Das **Echo de Paris** tritt dafür ein, daß man keinesfalls an eine Aenderung des Ultimatums denken könne, obschon man sich darüber Rechenschaft ablegen müsse, daß jeder Reparationsplan zusammenbrechen müsse, wenn er derselben **Sabotage** seitens Deutschlands ausgesetzt sei, wie der **jetzige Plan.** Die Alliierten müßten daher die praktischsten Mittel finden, den Schuldner zur Zahlung zu zwingen.

Im **Excelsior** heißt es, daß Deutschland **zwar recht** habe, wenn es behaupte, daß seine entwertete Valuta ihm nicht gestatte, seine Verpflichtungen zu erfüllen, aber in dem **Privatbesitz** Deutscher befänden sich große Vermögen und das wirkliche Vermögen Deutschlands sei ungeheuer. Deutschland verzichte noch immer, daß es **zahlreiche Mittel** gäbe, um es **zum Zahlen** zu zwingen, ohne zu kostspieligen Sanktionen greifen zu müssen. Diese Erklärungen des **Excelsior,** die sich in verschiedenen Variationen auch in andern Pariser Blättern befinden, lassen darauf schließen, daß militärische Maßnahmen kaum in Anwendung gebracht werden, daß aber jedenfalls lebhaft der Gedanke erwogen wird, Deutschland eine Finanzkontrolle im erweiterten Maße, als sie bereits heute besteht, aufzuerlegen. Der Excelsior glaubt zu wissen, daß die Reparationskommission seit langem auf die Möglichkeit darauf vorbereitet sei, Deutschland ein **Kontrollsystem** aufzuerlegen, das zur Gesundung der deutschen Finanzen und somit zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen führen würde.

Der deutsche Botschafter bei Briand

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 16. Dezember. Der deutsche Botschafter Dr. Mayer hat den französischen Ministerpräsidenten Briand um eine Unterredung am heutigen Freitag ersuchen lassen, und zwar, wie man annimmt, um erläuternde Erklärungen zur deutschen Note zu geben.

Briand über die deutsche Note

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 16. Dezember. Ein politischer Redakteur des Echo de Paris will aus der nächsten Umgebung Briands erfahren haben, daß der Ministerpräsident Briand von der deutschen Note um Zahlungsaufschub nicht im geringsten überrascht gewesen sei. Die Probleme der Wiedergutmachung werden in London von allen Seiten untersucht, und Deutschland dürfe sich keinen Illusionen über die Folgen der Unterhandlungen Lloyd Georges mit Briand hingeben, was auch immer die englischen Vorschläge sein werden, um die deutsche Schuld zu verringern. Sie werden in einem solchen Geiste von Gerechtigkeit geprüft werden, daß niemand sagen kann, Frankreich widersetze sich einem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt. Briand würde außerdem unmittelbar vor seiner Abreise nach London in einem besonderen Ministerrat seine Ansichten über die Probleme darlegen, die er in den Unterhandlungen mit Lloyd George behandeln will.

Kapp als Kläger

Den B. Z. N. geht ein Brief zu, den Kapp unterm 22. September 1920 aus Halleföl-Sälbäd (Ungarn) an seinen „lieben Freund", den jetzigen Angeklagten in Leipzig, Dr. Schiele, gerichtet hat, in dem er sich ausführlich über das „Märzunternehmen und die Gründe seines Scheiterns" ausläßt.

„Ein tiefer Schmerz erfaßt mich," — heißt es in diesem Brief u. a. — „wenn ich so viel **Jämmerlichkeit und Feigheit im deutschen Bürgertum** sich breitmachen sehe und niederdrückend ist die unwiderstehlich sich aufdrängende Erkenntnis, daß diese unmännliche Gesinnung eines haltlosen Bürgertums eine politische Besserung noch in weite Ferne zu rücken scheint. Wenn die Männer des Märzunternehmens nach seinem Mißlingen von den sogenannten nationalen Kreisen, die das große Wort in der Oeffentlichkeit führen, ohne zwingende Notwendigkeit aus politischer Feigheit oder bestenfalls aus politischer Begriffsverworrenheit **fortlaufend verleugnet,** ja nicht einmal ihre vaterländischen Beweggründe anerkannt werden, dann darf allerdings gesagt werden: Diese Zeit war noch nicht reif für die Rettung des Vaterlandes. (!)

Es wird vielfach gesagt, das **Märzunternehmen** sei **verfrüht** gewesen. Das Gegenteil ist richtiger: **es ist viel zu spät gekommen.** Wo war der General, der damals im November 1918 gegen Berlin marschierte? Mit einem Armeekorps, ja mit einigen Divisionen treuer Truppen wäre es zu machen gewesen. Aber dieselben verderblichen Ratgeber, die den Kaiser zur Flucht bestimmt hatten und damit den Schild der Hohenzollern auf immer befleckt haben, stellten sich auf den „Boden der gegebenen Tatsachen". Die sich bietenden Möglichkeiten, der Revolution Herr zu werden, sind eine Reihe verpaßter Möglichkeiten.

Mit Ihnen bin ich der Ansicht, daß es das Richtige gewesen wäre, die nationale Bewegung **von der Provinz** ausgehen zu lassen. Als Sammelpunkt kam zunächst nur **Ostpreußen** in Betracht. Zum ersten Male bot sich die Gelegenheit in den ersten Märztagen 1919. **Seeckt** und **Batocki** hielten es aber, um sicher zu gehen, für geboten, die Sache im Einvernehmen mit Herrn **Winnig** zu machen. Sie hatten nicht die Absicht, daraus eine nationale Erhebung hervorgehen zu lassen.

Es kamen die **Friedensverhandlungen.** Auch diese Gelegenheit, in Ostpreußen die Fackel der nationalen Erhebung mit der Parole gegen den Schmachfrieden anzuzünden, wurde verpaßt. **Winnig beugte sich der Parteidisziplin** und erfüllte seine Verheißungen nicht. Das hätte man voraussehen können.